

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung  
am Freitag, dem 26.11.2021, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf  
(4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende : 12:45 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	<b>5</b>
2.	Bericht der Verwaltung	<b>6</b>
3.	Entsorgungsentgelte 2022	<b>299/2021 7</b>
4.	Regionalplan Münsterland	<b>281/2021 8</b>
	1. Anpassung des Regionalplans an den Landesentwicklungsplan NRW	
	2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Gewerbeflächen	
	3. Deponieerweiterung Ennigerloh	
5.	Informelle Regionalentwicklung Münsterland	<b>280/2021 10</b>
6.	ÖPNV-Konzept für ein mobiles Münsterland - Endbericht	<b>230/2021 11</b>
7.	Standortmarketingkampagne	<b>283/2021 12</b>
8.	Antrag der CDU-Fraktion zum fairen Flächenausgleich	<b>315/2021 13</b>
9.	Ergänzung des Radverkehrskonzeptes	<b>284/2021 14</b>
10.	1.000 Solardächer für den Kreis – Gemeinsames Förderprogramm der Städte und Gemeinden	<b>126/2021 15</b>
11.	Reitregelung ab 01.01.2022	<b>314/2021 16</b>

- |            |                                |                 |           |
|------------|--------------------------------|-----------------|-----------|
| <b>12.</b> | Haushaltsplan 2022             | <b>277/2021</b> | <b>17</b> |
| <b>13.</b> | SPD-Antrag zur Fahrradmitnahme | <b>285/2021</b> | <b>19</b> |



Der Vorsitzender, Herr Gutsche, eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung vom 15.11.2021 fristgerecht erfolgt ist.

Er stellt fest, dass jeweils ein Mitglied der CDU- und der SPD-Fraktion fehlt. Es wird auf die Anwendung des Pairing-Verfahrens verzichtet.

Herr Gutsche erklärt, dass der Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen auf schrittweise Umstellung des Fuhrparks der Kreisverwaltung zuständigkeitshalber im Finanzausschuss behandelt wird.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>	
--	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich kein Einwohner / keine Einwohnerin zu Wort.

<b>2. Bericht der Verwaltung</b>	<b>286/2021</b>
----------------------------------	-----------------

Herr Dr. Bleicher berichtet über Aktuelles vom Zweckverband Nahverkehr Westfalen-Lippe.

Die Privatbahn Abellio befindet sich im Insolvenzverfahren. Die Zweckverbände und Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr NWL, VVR und NVR haben den Auftrag für die Strecken widerrufen. Nun soll im Rahmen der Notvergabe der Auftrag neu vergeben werden. Hierfür kämen nach Ausführung von Dr. Bleicher drei Unternehmen in Frage. Die Zweckverbände werden im Dezember darüber beraten. Das Land stellt zur Unterstützung des Schienenpersonennahverkehrs entsprechende Mittel zur Verfügung, um diesen aufrecht zu erhalten.

**3. Entsorgungsentgelte 2022**

**299/2021**

Herr Grundmann erläutert anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die Entwicklung der Entsorgungsentgelte und erklärt, dass im kommenden Jahr mit einer Steigerung von 50.000 Tonnen im Bereich der Bio-Abfälle zu rechnen ist. Im Jahr 2021 gab es eine deutliche Zunahme an Hausmüll.

Herr Schmedding bedankt sich für die Ausführungen.

Herr Gutsche lässt über die Vorlage abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Den Entsorgungsentgelten wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

<b>4.</b>	<b>Regionalplan Münsterland</b> <b>1. Anpassung des Regionalplans an den Landesentwicklungsplan NRW</b> <b>2. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion: Gewerbeflächen</b> <b>3. Deponieerweiterung Ennigerloh</b>	<b>281/2021</b>
-----------	---	-----------------

Aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs zum vorangegangenen TOP erläutert zunächst Herr Grundmann (zu Unterpunkt 3) anhand seiner Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, die Pläne zur Deponieerweiterung in den kommenden Jahren, da die Entsorgungssicherheit nur noch für die nächsten 5 – 6 Jahre gesichert ist.

Im weiteren Verlauf erläutert Herr Schmied, Hauptdezernent der Bezirksregierung, die weitere Regionalplanung und erklärt, dass es sich um eine Fortschreibung und Aktualisierung des bestehenden Regionalplans handelt. Hierbei geht er auch auf die Unterpunkte 2 und 3 des Tagesordnungspunktes ein. Er berichtet vom frühzeitigen Abstimmungsprozess und weist darauf hin, dass Gespräche mit allen Kommunen stattgefunden haben. Er hebt die Schwerpunktthemen hervor. Insbesondere geht es um das gesamträumliche Konzept. Es sollen Potenzialbereiche ausgewiesen werden, die auch über die tatsächlichen Bedarfe der Kommunen hinausgehen.

Jedem Ausschussmitglied wurde ein Flyer ausgehändigt, der die Aktualisierung des Regionalplans auf einen Blick darstellt. Auf der Internetseite [www.giscloud.nrw.de/regionalplan-muensterland.html](http://www.giscloud.nrw.de/regionalplan-muensterland.html) sind weitere Informationen zu finden.

Herr Schulze Westhoff bedankt sich für die Ausführungen und merkt an, dass die Flexibilität insbesondere in Bezug auf Gewerbeflächen erhalten bleiben muss, damit Flächen bei Bedarf schnell zur Verfügung gestellt werden können.

Herr Gutsche bedankt sich für die umfangreichen Informationen und stellt heraus, dass viele Städte mehr Einwohner haben, als durch entsprechende Vorausberechnungen prognostiziert wurden. Eine Anpassung an die tatsächlichen Zahlen sollte möglichst schnell erfolgen.

Herr Schulze Westhoff begrüßt, dass die starren Strukturen verlassen werden und merkt an, dass die Stadt Münster den Wohnungsbau nicht entsprechend vorantreibt, so dass dies Auswirkungen auf den Kreis Warendorf hat. Aufgrund dessen sollte auch ein Bedarfstausch möglich sein.

Herr Schmied erklärt, dass das Wachstum weiter anhält und die Stadt Münster 2000 Wohneinheiten pro Jahr bauen möchte. Die Nachfrage wäre groß und die Preisentwicklung enorm. Im Bedarfsfall bestünde die Möglichkeit, dass Kommunen, die den Flächenbedarf nicht entsprechend erfüllen können, diesen an Nachbarkommunen abgeben. Allerdings ist Münster derzeit diesen Weg nicht gegangen. Eine Tendenz zu mehr Zusammenarbeit im Rahmen der Stadtregion sei aber erkennbar.

Frau Grap bedankt sich bei Herrn Schmied für den Vortrag und erkundigt sich nach den privilegierten Vorhaben (S. 8 der Präsentation).

Herr Schmied erklärt, dass die Kommune bei nicht privilegierten Vorhaben abwägen kann und die Siedlungsentwicklung auch zurücktreten kann.

Herr Ommen begrüßt, dass das Wichtigste dargestellt wurde und erklärt, dass seine Fraktion das geplante Vorgehen begrüßt. Insbesondere hält er die Ausweisung von Potenzialbereichen zur Gewährleistung einer gewissen Flexibilität für notwendig. So sei für die Kommunen eine ausgewogenere Planung möglich.



Herr Terwey ergänzt, dass im Rahmen der Regionalplanung bisher auch ein Tausch zwischen Wohn- und Gewerbeflächen möglich war und fragt, ob dieses auch zukünftig noch möglich sei.

Daraufhin erklärt Herr Schmied, dass Wohnflächen flächensparend geplant werden müssen, da diese Flächen knapper sind und der Bedarf hoch sei. Der Tausch zwischen Gewerbe- und Wohnflächen sei wegen unterschiedlicher Kriterien für die entsprechenden Siedlungsflächen nur noch bedingt möglich.

Herr Gutsche bedankt sich bei Herrn Schmied für den umfangreichen Vortrag.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**5. Informelle Regionalentwicklung Münsterland**

**280/2021**

Herr Terwey stellt Herrn Dr. Bröckling, Geschäftsführer von Planinvent (Büro für räumliche Entwicklung) vor, der die Unterschiede zwischen der Regionalplanung und der informellen Regionalentwicklung verdeutlichen soll. Er stellt heraus, dass die Arbeit des Planungsbüros nicht in Konkurrenz zur Bezirksregierung steht, sondern dass sich die Aktivitäten sinnvoll ergänzen.

Herr Dr. Bröckling erläutert anhand der beigefügten Präsentation den Stand der informellen Regionalentwicklung.

Herr Gutsche und Herr Ommen bedanken sich für die Präsentation und heben die Wichtigkeit des Themas hervor.

Anschließend weist Herr Ommen daraufhin, dass nicht nur an die Planung, sondern auch an die Umsetzung gedacht werden müsse. Die Finanzierung vieler Fahrradwege müsse über das Land NRW erfolgen und beim Einsatz von wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen dürfe es sich ausschließlich um grünen Wasserstoff handeln.

Herr Schmedding betont, dass die Vorteile und Fähigkeiten der Regionalentwicklung nach vorne gestellt werden müssen.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**6. ÖPNV-Konzept für ein mobiles Münsterland - Endbericht**

**230/2021**

Herr Gutsche begrüßt Herrn Dr. Stein, KCW GmbH, der Anhand der beigefügten Präsentation das ÖPNV-Konzept für ein mobiles Münsterland vorstellt.

Im Anschluss an die Präsentation führt Herr Dr. Bleicher aus, dass zu diesem Thema ein Arbeitskreis, der aus Vertretern der Münsterlandkreise, der Stadt Münster und des ZVM Mobilität und ZVM Bus besteht, gegründet wurde, um einen einheitlichen Vorschlag zur möglichst kurzfristigen Umsetzung der Ergebnisse zu machen.

Herr Ommen bedankt sich bei Herrn Dr. Stein und Herrn Dr. Bleicher für die Informationen zum aktuellen Verfahrensstand und hebt die Wichtigkeit der weitgehend politischen Aufgabe hervor. Er wünscht sich bereits für das kommende Jahr entsprechende Vorschläge, die umgesetzt werden sollen.

Ebenfalls schließt sich Herr Schmedding dem Dank an und betont, dass für die Erbringung von Mehrleistungen im Bereich des ÖPNVs auch mehr Mittel im Haushalt zur Verfügung gestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang bringt er zum Ausdruck, dass er die Anbindung der kleineren Kommunen an die Hauptachsen vermisse. Diese sollten bei der Gesamtbetrachtung nicht vergessen werden.

Frau Grap stellt die Wichtigkeit von On-Demand-Verkehren heraus und wünscht, dass die Aktivitäten auf kommunaler Ebene nach vorne gebracht werden.

Daraufhin merkt Herr Ommen an, dass der Nahverkehrsplan Defizite anderer Achsen, die nicht Hauptachsen sind, berücksichtigen müsse.

Herr Dr. Stein betont, dass die Betrachtung weiterer Achsen der nächste Schritt wäre. Dieses schließt auch einen möglichen On-demand-Verkehr auf regionaler Ebene ein.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Gutsche, hebt die Wichtigkeit von entsprechenden Mobilstationen hervor. Hier sollten Parkmöglichkeiten für Kraftfahrzeuge geschaffen werden, damit ein Umstieg auf den ÖPNV für die Nutzer vereinfacht wird.

Nach Abschluss der Diskussion bedankt sich Herr Gutsche noch einmal bei Herrn Dr. Stein für den Vortrag und den regen Austausch zu dem Thema.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

**7. Standortmarketingkampagne**

**283/2021**

Herr Dr. Bleicher führt aus, dass es pandemiebedingt noch nicht möglich gewesen wäre mit der Standortmarketingkampagne zu starten und dass zunächst die durch das Land NRW im Jahr 2020/2021 mit 150.000 € geförderte Imagekampagne, umgesetzt wurde. Diese Kampagne wurde bereits in der Ausschusssitzung am 16.04.2021 vorgestellt.

Dr. Bleicher erklärt, dass zur Umsetzung der Standortmarketingkampagne die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (gfw) gewonnen werden konnte. Diese habe die Möglichkeit, die bereits bestehenden Kontakte zur Wirtschaft entsprechend zu nutzen.

Herr Schmedding begrüßt den Vorschlag der Verwaltung und äußert den Wunsch, dass das Konzept und die daraus folgenden Ergebnisse im Ausschuss vorgestellt werden sollen.

Herr Lepper befürwortet den Vorschlag ebenfalls und schlägt vor, den zur Verfügung stehenden Betrag in Höhe von insgesamt 240.000 € für die Jahre 2022 und 2023 bis zur entsprechenden Präsentation des Konzeptes mit einem Sperrvermerk im Haushalt zu versehen.

Daraufhin schlägt Herr Dr. Bleicher vor, dass ins Protokoll aufgenommen werden soll, dass das Konzept vor dem Start der Kampagne im Ausschuss vorgestellt wird und somit auf den Sperrvermerk verzichtet werden kann.

Herr Dr. Blex merkt an, dass er diese Kampagne bereits in der Vergangenheit abgelehnt hätte.

**Beschlussvorschlag:**

Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Kreises Warendorf (gfw) konzipiert und setzt die Standortmarketingkampagne für den Kreis Warendorf um.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 16 Nein 1

**8. Antrag der CDU-Fraktion zum fairen Flächenausgleich**

**315/2021**

Herr Schulze Westhoff bittet in Abstimmung mit der Kreistagsfraktion Bündnis90/Die Grünen um Ergänzung des Antrages. Es sollen zusätzlich 1.000.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Er erläutert, dass dieser Betrag keine Auswirkungen auf die Kreisumlage haben würde, da es sich um die Schaffung von Anlagevermögen handeln würde.

Herr Ommen hebt die Schwierigkeiten des Flächenerwerbs hervor und stellt in Frage, ob der Betrag in Höhe von 1.000.000 € angebracht ist. Er würde zunächst die Erstellung eines entsprechenden Konzeptes und dann die Bereitstellung der Mittel im Haushalt bevorzugen.

Herr Schulze Westhoff entgegnet, dass die Wasserversorgung Beckum 2,2 Millionen Euro für diese Zwecke eingeplant habe und dass der Kreis handlungsfähig bleiben soll, so dass der Betrag in Höhe von 1.000.000 € angemessen wäre.

Daraufhin betont Herr Dr. Bleicher, dass die Verwaltung mit dem Antrag nun einen Prüfauftrag habe und die Einstellung der Mittel in den Haushalt Sinn machen würde, da diese nicht kreisumlagererelevant wären. Sobald ein Konzept vorliegt, soll dieses im Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Schlösser begrüßt den Vorschlag und stellt fest, dass die Mittel durch den vorliegenden Antrag zweckgebunden sind.

Herr Dr. Blex weist daraufhin, dass die Verwaltung Handlungshinweise benötigt, da ansonsten nicht klar wäre, was mit dem Begriff „fair“ gemeint sei.

Um die Reaktionsfähigkeit der Verwaltung zu erhalten und den Landwirten beim Flächenausgleich entgegenkommen zu können, hält Herr Gutsche die Mittelbereitstellung für diese Zwecke für äußerst wichtig.

Herr Dr. Blex betont abermals, dass das Konzept konkrete Zahlen enthalten müsse, damit die Landwirte nicht einfach das Doppelte fordern könnten.

Mit dem Begriff eines fairen Flächenausgleiches könne die Verwaltung durchaus etwas anfangen, stellt Herr Hackelbusch klar. Er hebt hervor, dass der „Status quo“ erfasst werden soll und dass herausgestellt werden soll, was der Kreis Warendorf bereit ist für eine bestimmte Fläche zu zahlen. Der Bodenrichtwert entspräche heutzutage nicht mehr dem Marktpreis.

Herr Schlösser wünscht sich eine breite Mehrheit für den Antrag.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Herr Gutsche den Antrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 17

**9. Ergänzung des Radverkehrskonzeptes**

**284/2021**

Herr Dr. Bleicher erläutert die Vorlage.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Ergänzung des Radverkehrskonzeptes um das Kapitel Radwegebau in der in der Anlage dargestellten Form wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 16

<b>10.</b>	<b>1.000 Solardächer für den Kreis – Gemeinsames Förderprogramm der Städte und Gemeinden</b>	<b>126/2021</b>
------------	--	-----------------

Herr Dr. Bleicher erläutert das Förderprogramm und hebt die Wichtigkeit hervor.

Herr Lepper merkt an, dass er eine Förderung in Höhe von 1.000 € pro Dach für attraktiver erachten würde und der Betrag entsprechend erhöht werden sollte.

Daraufhin erklärt Herr Dr. Bleicher, dass die Maßnahme mit den Städten und Gemeinden so abgestimmt worden sei und dass diese die Förderung über die Kreisumlage mitfinanzieren.

Herr Dr. Blex betont, dass er die Maßnahme nicht mittragen könne.

Nach Abschluss der Diskussion stellt Herr Gutsche die Vorlage zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreis Warendorf setzt das Programm zur Förderung von 1.000 Solardächern im Kreis Warendorf mit einem Gesamtvolumen von 500.000,- € für die Jahre 2022 und 2023 um.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich angenommen  
Ja 14 Nein 1 Enthaltung 1

<b>11. Reitregelung ab 01.01.2022</b>	<b>314/2021</b>
---------------------------------------	-----------------

Herr Terwey erklärt die Notwendigkeit der neuen Reitregelung, da die derzeit gültige Regelung zum 31.12.2021 ausläuft. Er betont, dass einzelne Probleme mit der bestehenden Regelung in der Regel gelöst werden konnten und ergänzt, dass die Verbände beteiligt wurden. Die Rückmeldung des Regionalforstamtes, mit dem ein Einvernehmen hergestellt werden muss, stünde allerdings noch aus. Er sagt zu, dass diese bis zur Behandlung der Vorlage im Kreisausschuss vorliegen wird.

Ergänzung zum Protokoll: Mit Datum vom 29.11.2021 hat das Regionalforstamt sein Einvernehmen mit der vorgeschlagenen Reitregelung erklärt.

Nachdem einzelne Fragen zu der Vorlage von Herrn Terwey und Dr. Bleicher beantwortet konnten, stellt Herr Gutsche die Reitregelung, mit der Bitte an die Verwaltung auftretende Probleme in Einzelfällen zu klären und daraus evtl. resultierende Anpassungen der Freistellungsregelung entsprechend vorzunehmen, zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

Die Freistellungsregelung für das Reiten im Wald im Kreis Warendorf wird gemäß § 58 Abs. 3 des Gesetzes zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturenschutzgesetz – LNatSchG NRW) mit Ausnahme der in der Vorlage benannten Waldgebiete gemäß Punkt 1 – 3 mit der Möglichkeit des Widerrufs beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen  
Ja 16



**12. Haushaltsplan 2022**

**277/2021**

Frau Grap schlägt vor, die Vorlage und vorliegenden Anträge zum Haushalt nach einzelnen Produktgruppen zu behandeln.

**Produkt 120210:**

**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zum On-Demand-Verkehr**

Herr Schlösser erklärt, dass der On-Demand-Verkehr keine Lösung für die breite Fläche sei, da dieser mit erheblichen Kosten verbunden wäre. Allerdings betont er, dass der Landrat immer offen für neue Projekte sei und dass dieses eine Lösung für bestimmte Aufgaben in einem ländlichen Kreis sein könnte.

Hierzu ergänzt Herr Gutsche, dass der On-Demand-Verkehr in anderen Kreisen bereits als Projekt gestartet ist.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass der gemeinsame Antrag der Münsterlandkreise auf Förderung nicht bewilligt worden sei. Dennoch sei dieses ein wichtiges Thema mit dem sich der Kreis Warendorf beschäftigen müsse.

Anschließend ergänzt Frau Grap, dass On-Demand auch bedeutet, dass Mobilität neugedacht wird und im ländlichen Raum neue Konzepte geschaffen werden sollten. Folge könnte auch die Abschaffung anderer Linien sein, wenn man zu der Erkenntnis käme, dass der On-Demand-Verkehr angebrachter wäre.

Herr Terwey erklärt, dass das Land derzeit kein weiteres Projekt zum On-Demand-Verkehr fördern wird, da es bereits drei Modellprojekte (Senden, Gronau und Hiltrup) gibt. Die Verwaltung werde andere Förderprogramme auf Bundesebene prüfen. Ein erster Ansatz für einen On-Demand-Verkehr könne die geplante Überarbeitung des Nachtbuskonzeptes sein. Hier könnten gegebenenfalls Synergieeffekte genutzt werden.

Daraufhin regt Herr Ommen an, dass es Sinn machen würde, zunächst ein Konzept zu entwickeln, welches sich mit der Umstellung der entsprechenden Verkehre befasse.

Herr Gutsche stellt den Antrag zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen beauftragt die Kreisverwaltung, im Jahr 2022 die Durchführung eines Modellversuches zu sog. „On-Demand-Verkehren“ (ÖPNV-Angebote auf Abruf) zu planen. Hierbei soll insbesondere die Fördermittelkulisse eruiert werden und ein für das Kreisgebiet möglichst repräsentatives Testgebiet gewählt werden.
2. Für die Planung des Angebots werden 20.000€ in den Haushalt 2022 eingestellt.
3. Die Ergebnisse der Planung werden regelmäßig im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung vorgestellt.
4. Es ist beabsichtigt, den Modellversuch in den Jahren 2023 bis 2025 durchzuführen.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen**

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

**Produkt 140310:**

**Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Entfristung der Stelle der Klimafolgenmanagerin**

Frau Grap bittet um Ergänzung des Antrages zu Punkt 1 des Antrages:

Die Stelle der Projektmanagerin soll im Rahmen des Projektes „KlimaSicher“ **perspektivisch** entfristet werden.

Außerdem betont sie, dass für den Fall, dass eine Refinanzierung der Stelle nicht möglich sein sollte, die Mittel durch den Kreis Warendorf zur Verfügung gestellt werden sollten.

Herr Dr. Bleicher hebt den Erfolg des Projektes hervor und erklärt, dass dieses auch nach Abschluss der Pilotphase weiterfortgeführt werden soll.

Im Anschluss lässt Herr Gutsche über den Antrag abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Fraktion Bündnis 90 / die Grünen beantragt die Stelle der Projektmanagerin im Rahmen des Projektes „KlimaSicher“ **perspektivisch** zu entfristen.
2. Die Kreisverwaltung prüft jede Möglichkeit der vollumfänglichen oder teilweisen Refinanzierung.
3. Sollte eine Refinanzierung nicht möglich sein, wird eine entsprechende Summe zur Weiterfinanzierung der Stelle in den Haushalt 2022 eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen**

Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

**Zum Abschluss der Beratungen zur Vorlage zum Haushalt 2022 stellt Herr Gutsche den Antrag über die Vorlage unter Aufnahme der 1.000.000 € für das Flächenmanagement abzustimmen.**

**Beschlussvorschlag:**

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2022 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung gegeben ist, zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:   mehrheitlich angenommen**

Ja 15 Nein 1

**13. SPD-Antrag zur Fahrradmitnahme**

**285/2021**

Herr Ommen erläutert den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und erklärt, dass die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln sobald mehr als ein oder zwei Radfahrer mitfahren wollten, immer schwierig sei. Er wünscht sich eine Verbesserung der kombinierten Nutzung vom Fahrrad, Bus und Bahn.

Herr Terwey erklärt, dass das Thema gerne aufgegriffen wurde und in einer Videokonferenz mit den anderen Münsterlandkreisen, der Stadt Münster, dem ZVM und verschiedenen Verkehrsunternehmen diskutiert wurde. Allerdings wurde bisher noch keine optimale Lösung gefunden. Es stellt sich immer die Frage, ob man der Personen- oder der Fahrradbeförderung den Vorrang einräumt. Die Vertreter der Kreise und des ZVM sind sich allerdings einig, dass die Personenbeförderung im Vordergrund stehen müsse. Die Nutzung von Fahrradträgern und Fahrradanhängern funktioniert nur in Einzelfällen, da durch die damit einhergehende Verlängerung der Busse die Funktionalität im Straßenverkehr stark eingeschränkt ist. Die Verkehrsverhältnisse lassen einen Einsatz häufig nicht zu. Hier stellt sich dann auch die haftungsrechtliche Frage. Die Mitnahme von Fahrrädern geht häufig zu Lasten der Bestuhlung und die Nutzung der Multifunktionsflächen in den Bussen wird dann auch für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen eingeschränkt. Im Extremfall wären dann Verstärkerfahrzeuge notwendig. Dieses würde allerdings wieder bedeuten, dass mehr Fahrzeuge und mehr Personal benötigt werden und das wäre wiederum mit erheblichen Mehrkosten verbunden. Da für die Mitnahme von Fahrrädern in Anhängern oder Trägern auch die Unterstützung des Busfahrers notwendig sein kann, bzw. das Be- und Entladen Zeit in Anspruch nimmt, werden sich in vielen Fällen die Fahrpläne bzw. Fahrzeugumläufe nicht einhalten lassen. Bisher war die Mitnahme von Rädern immer kostenpflichtig. Bei einer kostenlosen Mitnahme würde das zu einer deutlich stärkeren Nachfrage führen ohne dass für die Platz- und Zeitproblematik Lösungen gefunden sind. Mobilstationen und die Nutzung von Klapprädern und Klapp-E-Scootern, die kostenlos als Gepäck in Bus und Bahn mitgeführt werden können, könnten zu einer Verbesserung der Situation beitragen.

Herr Gutsche merkt an, dass auch die anderen Münsterland-Kreise in dieser Form zu dem Thema informiert wurden.

Im Anschluss bedankt sich Herr Ommen bei Herrn Terwey für die Ausführungen und nimmt die Erläuterungen zunächst zur Kenntnis. Er hofft, dass seine Fraktion mit dem Antrag einen Impuls geben konnte, sich mit dem Thema auseinander zu setzen.

Die SPD-Fraktion zieht die Abstimmung über den Antrag zurück und betont, dass die kombinierte Nutzung von Fahrrädern und ÖPNV ein wichtiges Thema bleiben sollte.

**Abstimmungsergebnis:** Antrag zurückgezogen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Gutsche um 12.45 Uhr die Sitzung.

gez.

Guido Gutsche  
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher  
Schriftführer